

Protokoll

über die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Kiel am 5. August 1946.

Anwesend:

Landesminister Pohle
Hptm. Neal von der brit. Mil. Reg.
Landesdirektor Goettsch
Pastor Dr. Mohr, Ev. Hilfswerk
Hoffmann, DRK
Pastor Schmidt, Innere Mission
Pfarrer Hermes, kath. Kirche
Frau Völker
Schr. Kowalewski } Arbeiterwohlfahrt
Dr. Krumwiede
Angest. Borbe als Protokollführerin
Dolmetscher Kapt. Schmacke.

Landesdirektor Goettsch eröffnet um 10,15 die Sitzung und führt einleitend aus, dass es nicht allein die Geldsorgen sind, die sich so riesengross aufstürzen, und dass sich nicht nur die Zahl der Flüchtlinge vermehrt hat, sondern dass sich die Not auch noch vergrössert hat. Eine Gruppe der Notleidenden ist hinzugekommen, die Opfer des Krieges. Ganz unerwartet sind diese Bevölkerungskreise durch die Rentenkürzung in Not geraten. Das Versorgungsgesetz ist aufgehoben worden, ohne dass ein anderes an seine Stelle getreten ist. 75.000 Versorgungsberechtigte der Provinz stehen somit ab 1.8.46 ohne Rente da. Ausserdem kommt noch eine weitere Gruppe Notleidender hinzu, diejenigen, die der Militärregierung ihre Wohnungen zur Verfügung stellen müssen. Der Notgemeinschaft sind neue Aufgaben zugeteilt worden. Von der Mil. Reg. werden in nächster Zeit 100.000 kg Flachs zur Verfügung gestellt. Weiter wünscht Hptm. Neal, dass der Weidenanbau gefördert werden soll, um den Flüchtlingen und besonders den Kriegsblinden Arbeit zu geben. Hierzu ist erforderlich, dass eine Stelle geschaffen wird, die freier und beweglicher an die Durchführung dieser Arbeiten herangehen kann als eine Behörde, die an bestimmte Vorschriften gebunden ist.

Der Flüchtlingszustrom ist zunächst abgestoppt. Es sind Gemeinden in unserer Provinz vorhanden, deren Einwohnerzahl um 200 - 300 % gestiegen ist. Jetzt kommt es darauf an, sich auf den Dauerzustand einzurichten; eine Auflockerung muss stattfinden. Für diese riesige Arbeit ist eine grosse Anzahl von Hilfskräften erforderlich. Der Erfolg der bisher geleisteten Arbeit wird nicht verkannt, aber die Linderung von unendlich viel Not steht noch vor uns.

Zu Punkt 1) der Tagesordnung: Stellungnahme zur Notgemeinschaft erteilte er dann Pastor Dr. Mohr das Wort.

Pastor Dr. Mohr gab zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Notgemeinschaft und nahm dann als Vertreter der Kirche zu dieser Frage Stellung. Der Kirche kommt es nicht darauf an, führend oder herrschend zu wirken. Sie ist aber an die Weisungen höherer Stellen gebunden und soll nur dann innerhalb der freien Verbände mitarbeiten, wenn sie frei und ohne einengende Grenzen arbeiten darf. Auf Weisung des Hilfswerks der Kirche der ganzen Welt hat sie sich auch der Osthilfe zur Verfügung gestellt, sie fühlt sich als Treuhänderin des ganzen Volkes, unabhängig von Konfession und Stand. Wenn sie aber auf Grenzen stösst und mit ihrem Anliegen nicht zur Geltung kommt, verzichtet sie lieber, als dass sie unfrei wird.

Die Kirche ist in den letzten 12 Jahren durch viele Opfer frei geblieben und nicht politisch geworden. Heute ist es anders als 1918; die Kirchen der anderen Völker haben sofort, ja sogar noch vor dem Zusammenbruch das Gespräch mit ihr aufgenommen, sie hat bewiesen, dass sie das Volk kennt. Er machte den Vorschlag, dass der Schwerpunkt bei den freien Verbänden liegen sollte und die Kirche in ihrer Initiative bei einer Zusammenfassung der freien Verbände nicht eingeengt werden sollte.

Frau Völker erwidert, dass es doch zu keinem Wettlauf zwischen den einzelnen Organisationen kommen und ihre Arbeit nicht zu einem Stimmenfang ausgenutzt werden darf. Sie ist stets tolerant zu allen Organisationen eingestellt gewesen. Religion ist eine ganz persönliche Angelegenheit, und es gibt nicht nur an der Kirche Menschen, die sich der Not des Volkes annehmen, sondern auch andere Stellen ihre Kraft aus ethischen und sittlichen Idealen zur Verfügung. Sie schlägt vor, das Aufgabengebiet der Notgemeinschaft klar zu umreißen. Alle fürsorglichen Aufgaben sollen durch die freien Verbände, alle anderen Dinge durch Unterausschüsse erledigt werden. Sammlungen werden durch die Notgemeinschaft ausgeführt, alle Organisationen beteiligen sich nach wie vor; ein Teil wird abgeführt, den anderen behalten die Verbände.

Pastor Schmidt schliesst sich den Ausführungen von Pastor Dr. Mohr an; er hält den Dienst um so wirksamer, wenn er nicht eingeschränkt wird.

Hpt. Neal: Jede Organisation soll und muss unabhängig sein, die Hauptsache ist, jeder weiss, was er zu tun hat. Mit der Arbeit der Notgemeinschaft sowie der freien Verbände ist er nicht zufrieden. Die von ihm verlangten monatlichen Berichte sind nicht eingegangen, z.B. möchte er wissen, wenn Flüchtlingslager undicht sind usw. oder wo in anderer Hinsicht geholfen werden muss. Er möchte eine Dachorganisation haben, die allen Fragen gerecht wird, damit der Not der Flüchtlinge gesteuert werden kann.

Sekr. Kowalewski: Nicht nur die Behörde, sondern auch die freien Verbände helfen. Besonders den jungen Menschen soll wieder ein Halt gegeben werden durch Einrichtung von Heimen. Besonders wichtig sind auch die Arbeitsbeschaffungsfragen. Auch dazu soll die Notgemeinschaft Dachorganisation sein.

Hpt. Neal gibt darauf bekannt, dass die Gründung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten genehmigt ist.

Minister Pohle stellt fest, dass dieses ganz neu ist; bisher bestand die Anordnung, dass die Bildung solcher Vereinigungen verboten wäre.

Pastor Dr. Mohr schlägt zur Vereinfachung folgendes vor: Der Name "Notgemeinschaft" soll bestehen bleiben unter Zusammenschluss der freien Verbände; sie sind weiterhin Träger der Wohlfahrt und bleiben stets in ständiger amtlicher Verbindung mit den Behörden. Nicht richtig ist, wenn zwischen der Arbeit der freien Verbände und den Behörden noch Zwischenverbände geschaffen werden.

Frau Völker: Die freien Verbände brauchen dringend die Behörden, sie können es nicht allein schaffen. In bezug auf die monatlichen Berichte bezüglich Heime usw. weiss sie nicht, was sie machen soll. Die Kreise haben dieselbe Anfrage erhalten.

Dr. Krumwiede bestätigt, dass hier zweifellos eine Überschneidung vorliegt. Sowohl die Behörden als auch die freien Wohlfahrtsverbände haben diese Berichte zu erstatten. Letztere sind nicht immer in der Lage, den Anforderungen zu genügen. Er bittet die Militärregierung, solche Anforderungen nur an die Behörden zu stellen. In den Berichten der Kreise könnten dann die Wohlfahrtsverbände mit erfasst werden.

Hpt. Neal ist durchaus damit einverstanden, dass die Berichte zentral von den Behörden erledigt werden. In Kurzberichten bittet er unter Zahlenangabe anzugeben, was bis zum Ende des Jahres gebracht wird.

Hoffmann: Das DRK fühlt sich stark genug, die Anforderungen zu erfüllen. Er schlägt vor, innerhalb der 5 freien Verbände eine Wirtschaftsabteilung einzurichten, die dem Wohlfahrtsamt angegliedert ist und die z.B. die Verteilung von Sachen vornehmen kann. Der Name der Notgemeinschaft soll bestehen bleiben; die freien Verbände sind in ihrer Arbeit selbständig. Frau Völker stellt fest, dass sich im Grunde alle Vertreter der freien Verbände einig sind.

Pastor Dr. Mohr schlägt abschliessend vor, dass sich die 5 freien Verbände einmal zusammensetzen und über die Zusammenfassung beraten. Er kommt dann auf die vielen Schwierigkeiten zu sprechen, die die Arbeit so erschweren, dass man sich wie in einer Zwangsjacke vorkommt. So z.B. hat er für eine Fahrt nach Bielefeld zu einer Sitzung volle 8 Tage gebraucht, nur weil er keinen Wagen zur Verfügung hatte.

Hptm. Neal will Dauerausweise für das die Deutsche Wohlfahrt ausstellen und bittet dazu um genaue Angabe des Namens, Sitz der Organisation, Wagennummer, Ps-Stärke und Wagentyp.

Frau Völker: Die Arbeiterwohlfahrt hat noch keinen Wagen, ein Antrag läuft; die öffentlichen Mietwagen sind zu sehr in Anspruch genommen.

Hptm. Neal: Augenblicklich dürfen neue Lizenzen nicht erteilt werden.

Dr. Krumwiede kommt dann auf die Verteilung von Sachen zu sprechen und führt dazu im einzelnen aus, dass es nicht möglich ist, dass das Amt sich mit den einzelnen Organisationen jeweils in Verbindung setzt. Es würde die Arbeit erleichtern, wenn in den laufenden Arbeiten mit einer geschäftsführenden Stelle gearbeitet werden könne. Die Organisation muss in der Kreisebene bleiben. Die Militärregierung verlangt, dass bei der Verteilung von Bekleidung, Hausgerät usw. eine genaue Kontrolle geführt wird, damit nicht Doppelbelieferungen stattfinden. Ob dieses im Wirtschaftsamt oder durch eine Zentralstelle der freien Wohlfahrtsverbände geschieht, muss entschieden werden.

Minister Pohle will Vorschläge zur Umgestaltung der Notgemeinschaft unterbreiten. Die Initiative soll nicht gelähmt, sonder gefördert werden. Es soll keine Beeinträchtigung der freien Wohlfahrtsverbände durch die Notgemeinschaft stattfinden.

Pastor Dr. Mohr: bittet, dabei Rücksicht zu nehmen auf die Form, wie sie in der britischen Zone im ganzen besteht. Im Zonenbeirat sind alle Verbände vertreten. Leiter des evangelischen Hilfswerks ist P. Pawlowski. Er gibt dann - soweit er unterrichtet ist - einen Überblick über die Gralog-Sendungen und Care-Pakete.

Hptm. Neal: fragt an, ob schon Pakete eingetroffen sind.

Pastor Dr. Mohr: Nein, in Bremen sind 30 000 Pakete eingegangen.

Hptm. Neal fährt nächste Woche nach Bremen wegen dieser Angelegenheit. In jeder Provinz soll ein Vertreter der Gralog sein, der die Form der Verteilung beaufsichtigen wird. Er bittet um Angabe der beiden Blindenorganisationen; ein Vertreter der engl. Blindenorganisation kommt in nächster Zeit hierher und will besprechen, welche Möglichkeiten bestehen, um den Blinden zu helfen. Dann geht er zur Kinderverschickungsaktion über. 450 Kinder sollen durch das DRK zur Schweiz. Der Transport zum 15.8.46 ist auf einen Monat verschoben; das genaue Datum wird noch bekanntgegeben. Ebenfalls sollen 200 Kinder nach Irland. Wenn sie über 21 Jahre alt sind, können sie entscheiden, ob sie dort bleiben oder nach Deutschland zurück wollen. Hierzu sind zwei verschiedene Schemen aufgestellt: 1) 100 kath. und 100 protest. Kinder, 2) Kinder gleichwelcher Konfession. Es liegt noch nicht fest, welches Schema für Schleswig-Holstein angewandt wird, er bittet aber, das Problem vorzubereiten.

Weiter bleibt zu klären, wer neben dem Staat die Mehrkosten tragen kann für Bekleidung. Es besteht die Möglichkeit, für 1/2 Million Personen Kleidung, Wäsche und Küchengerät zu bekommen. Können die Organisationen etwas dazu beitragen?

Dr. Krumwiede hat die Anfrage wegen der Aufbringung der Mittel erhalten. Es wird aber kaum möglich sein, namhafte Beträge hierfür aus der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen. Es sind keine Reserven vorhanden. Er bittet, heute zu besprechen, inwieweit die Arbeitsgemeinschaft der freien Verbände sich dabei beteiligen kann.

Frau Völker bittet noch ganz besonders um Säuglingssachen. Es steht zu erwarten, dass in nächster Zeit viele Kinder geboren werden, und es ist nichts vorhanden.

Hptm. Neal bittet, diese Angelegenheit im nächsten Bericht aufzugreifen.

Hoffmann berichtet dann über den Kindertransport nach der Schweiz, der vom Schwedischen Roten Kreuz durch das DRK geht. Es sollen 200 Kinder aus Kiel, 120 aus Lübeck 75 aus Rendsburg und 55 aus Flensburg herausgesucht werden, und zwar Kinder, die in stärkstem Masse gesundheitlich geschädigt sind ohne Ansehen von Stand und Konfession. 70-75% sind Flüchtlingskinder. In Basel gehen sie durch ein Einkleidungslager, wo sie vollständig für die nächsten 2 Jahre eingekleidet werden.

Pastor Dr. Mohr berichtet darauf, dass er ebenfalls 450 Kinder zur Verschickung nach der Schweiz melden sollte.

Auf die Frage von Hpt. Neal, wie er zu dem Telegramm komme, berichtet P.Dr. Mohr, dass er das Telegramm aus der Schweiz über die Zonenvertretung in Bielefeld erhalten habe. Er habe sich sofort mit dem DRK in Verbindung gesetzt und festgestellt, dass es sich um dieselbe Aktion handle.

Hptm. Neal verlässt dann die Sitzung.

Landesdirektor Goettsch stellt zusammenfassend zu Punkt 1 der Tagesordnung fest, dass alle im Grund genommen einig sind. Die Vorschläge hierzu werden in Kürze den freien Verbänden zugeleitet werden, damit bei der nächsten Sitzung darüber abschliessend beraten werden kann. Dann erteilt er Dr. Krumwiede das Wort zu Punkt 2) der Tagesordnung.

Dr. Krumwiede berichtet dann ausführlich über die Durchführung des Gralog-Abkommens in Schleswig-Holstein. Die Provinz soll mit 17 % daran beteiligt werden. Er bittet, darüber zu beraten, ob die Sendungen über einen Provinzialausschuss geleitet oder ob die Verteilung direkt von Bremen an die Kreise durchgeführt werden soll.

Pastor Dr. Mohr ist dahin unterrichtet, dass die Sendungen in Bremen bereits mit der Anschrift der jeweiligen Verbände versehen ankommen. Die amerikanische Zone, in der diese Gralog-Spenden schon seit einigen Wochen laufen, hat dafür einen Zentrallausschuss gebildet; er schlägt einen solchen auch für Schleswig-Holstein vor. Weiter hat er von Bremen die Anfrage erhalten, ob er eine grössere Menge Care-Pakete lagern kann. Er hat Meldung erstattet, dass dieses in Rendsburg geschehen kann. Dazu hat er beim Landesverkehrsamt erwirkt, dass Transporte von Lebensmittelpaketen bevorzugt werden.

Hoffmann will vom DRK hierbei helfen. Er schlägt vor, 4 - 5 Wagen zentral nur hierfür laufen zu lassen, wenn er Benzin dafür bekommt.

Dr. Krumwiede: Die Organisation ist nach den Weisungen von Oben in erster Linie eine Angelegenheit der freien Wohlfahrtsverbände. Das Amt ist gern bereit zu helfen und hat, damit nichts versäumt wird, zunächst die Federführung übernommen. Die Verantwortung muss aber klar gestellt werden.

Zu Punkt 3) der Tagesordnung, Beihilfegewährung für Beschaffung von Bekleidung, stellte Dr. Krumwiede fest, dass hierzu grosse Summen gebraucht werden. Öffentliche Mittel sind dafür nicht vorhanden. Auf seine Anfrage, wieweit die freien Verbände einspringen können, erklären alle, dass sie namhafte Beträge dafür nicht zur Verfügung stellen können.

Dass geht er zu Punkt 4) der Tagesordnung über: Beihilfegewährung für Schulgeld. Die Kreise haben die Antragsteller an die Wohlfahrtsverbände verwiesen. Schulgeld usw. kann aus der öffentlichen Fürsorge nicht übernommen werden.

Pastor Dr. Mohr führt dazu aus, dass das kirchliche Hilfswerk bereits im vergangenen Jahr Zuschüsse für bedürftige Studenten und Schüler geleistet hat; ausserdem hilft es in folgender Form:

In Timmendorfer Strand ist ein Heim als Schüler-Internat für 30 -40 Kinder eingerichtet, für diesen Zweck ist ebenfalls das frühere Kinderlandverschickungsheim Waldesruh eingerichtet, in dem würden bedürftige Kinder vom Lande Aufnahme finden, die keine höhere Schule erreichen können, ebenfalls geschieht dieses im früheren Arbeitsdienstlager in Flensburg.

Hoffmann berichtet, dass das DRK bereits 50 - 60 Zeichnungen über 600.--RM jährlich für Studentengelder erhalten hat. Das DRK kann sich aber nicht an Mill.Beträgen beteiligen. Von dem vorhandenen Geld werden Heime eingerichtet und die Männer eingekleidet. Bei den anderen Organisationen sehe es ähnlich aus.

Pastor Dr. Mohr: Die Gelder des kirchl.Hilfswerks werden zu 1/3 des örtlichen Bedürfnissen zur Verfügung gestellt, das zweite Drittel geht zu den Kreisen und das 3. Drittel wird zur Einrichtung von Heimen usw. verwandt.

Dr.Krumwiede führt weiter aus, die Anträge auf Gewährung von Beihilfen werden an das Wohlfahrtsamt gerichtet. Dieses soll sich dann mit den örtlichen Organisationen der freien Wohlfahrtsverbände in Verbindung setzen. Es wird gebeten, die Kreisorganisationen hiervon zu unterrichten. Falls die Gelder der freien Wohlfahrtsverbände nicht ausreiche, ist zu prüfen, ob eine Sammlung hierfür veranstaltet werden muss. Eine Sammlung für Versehrte soll in Kürze durch das DRK durchgeführt werden.

Hoffmann erklärt sich bereit, die Vorarbeiten hierzu zu übernehmen. Weiter stand die Frage der Kinderbespeisung zur Debatte.

Hoffmann berichtet, dass vom DRK eine Kleinkinderbespeisung durchgeführt wird für Kinder von 3 - 6 Jahren, die vom Stadtarzt ausgesucht sind. Das Essen wird in Sälen ausgegeben und kostet 20 - 25 Rpf. Dieser Betrag deckt nicht einmal die Ausgaben für Räume usw. Ausserdem muss er noch Steuern zahlen. Den Müttern kann es nicht ausgehändigt werden, weil es dann doch in den allgemeinen Topf geht und die Kleinkinder das wenigste davon bekommen würden.

Hoffmann kennt eine Firma, die sofort einen grösseren Posten Wäsche, Kleidung usw. für DRK-Helferinnen abgeben würde, wenn sie Kontingenträger wäre. Dieses müsste über Minden zu erreichen versucht werden.

Landesdirektor Goettsch dankt allen Teilnehmern. Die nächste Sitzung soll in Kürze stattfinden, vorher werden die Vorschläge zum Neubau der Notgemeinschaft übersandt.

Schluss der Sitzung 14.00 Uhr.